



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/HA/06/2012) vom 23.08.2012

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilfried Zurstraßen

Mitglieder

Herr Jürgen Cordts

Herr Peter Ehlers

Herr Wolfgang Mainz

Herr Henner Meckel

Frau Claudia Petersen

Herr Sönke Stoltenberg

Herr Dieter Winkler

Gäste

Frau Rosemarie Benecke

Gemeindevertreterin

Frau Antje Klein

Gemeindevertreterin

Herr Christian Lüken

Mitglied Sozialausschuss

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Herr Leo Derrik

Beginn: 20:00 Uhr

Ende 22:25 Uhr

Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3. Einwohnerfragestunde
4. Niederschrift der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.05.2012 und vom 12.06.2012 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Be-

schlüsse

5. 1. Nachtragshaushalt 2012 SCHÖN/BV/370/2012
6. Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Bauhofes der Gemeinde Schönberg; Sachstandsbericht; Antrag der EIS-Fraktion vom 10.08.2012
7. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TO-Punkt 2: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Diese wird daher so wie vorgelegt einstimmig beschlossen.

TO-Punkt 3: Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen liegen nicht vor.

TO-Punkt 4: Niederschrift der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.05.2012 und vom 12.06.2012 und Bekanntgabe der in nicht-öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einwendungen gegen die vorgenannte Niederschrift werden nicht vorgetragen. Der Bürgermeister gibt die in der Sitzung vom 22.05.2012 und vom 12.06.2012 gefassten Beschlüsse bekannt. Der Haupt- und Finanzausschuss hat der Gemeindevertretung die notwendigen Weichenstellungen für die Einrichtung der Stelle eines hauptamtlichen Bürgermeisters/einer hauptamtlichen Bürgermeisterin zur Annahme empfohlen. Er hat dem Abschluss eines Pachtvertrages für das Parkplatzgelände am Museumsbahnhof sowie einer Nutzungsvereinbarung im Bereich des Verwellengrundes zugestimmt. Der Haupt- und Finanzausschuss hat außerdem über eine Grundstücksangelegenheit in der Bahnhofstr. beraten und dem neuen System der Abrechnung der Verwaltungskostenbeiträge zugestimmt.

TO-Punkt 5: 1. Nachtragshaushalt 2012
Vorlage: SCHÖN/BV/370/2012

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage. Er verweist insbesondere auf die Beratungen zur Fußgängerzone im letzten Bauausschuss. Er gibt den Hinweis, dass es am heutigen Abend lediglich darum gehe, einen Rahmen zu schaffen für Handlungsoptionen.

Ausschussmitglied Cordts erinnert daran, dass sich die EIS im Bauausschuss der Stimme enthalten habe, da noch fraktionsintern Beratungsbedarf bestand. Sie könne die Angelegenheit mittragen, aber sie stelle den ergänzenden Antrag, in Zusammenarbeit mit der WFA eine Beratung im Wirtschaftsausschuss durchzuführen. Hintergrund sei, dass man einen Profi engagieren wolle, der die Gemeinde berät. Nur so sei eine nachhaltige Entwicklung gewährleistet. Die EIS wolle nicht, dass die Fußgängerzone ausstirbt. Insofern schlage die EIS vor, gezielt Mittel für die Tätigkeit eines Vertriebsprofis einzusetzen. Die Finanzierung solle aus den vorhandenen Mitteln erfolgen.

Der Bürgermeister verweist auf den Zeitrahmen, der geplant ist. Als nächster Schritt sei gemeinsam mit Gewerbetreibenden und Einwohnern eine Anliegerversammlung geplant. Diese solle bereits im Herbst stattfinden.

Ausschussmitglied Cordts ist der Auffassung, dass dies hiervon unberührt ist. Der EIS gehe es darum zu schauen, was man darüber hinaus machen könne und sich, wie in anderen Bereichen, auch fachkundigen Rat holen. Eventuell könne dies sogar als Pilotprojekt laufen. Man könne ggf. sogar versuchen, Fördermittel von der AktivRegion zu generieren.

Ausschussmitglied Meckel ergänzt, dass es im Grunde um einen professionellen Akquisiteur für den Einzelhandel gehe, der auf Projektbasis gemeinsam mit einem Steuerungsgremium Leerstandmarketing betreibt.

Ausschussmitglied Stoltenberg ist der Auffassung, dass dies ein guter ergänzender Aspekt ist. Ggf. sollte man hierfür aber gesondert Planungskosten einstellen, beispielsweise in Höhe von 30.000 €. Von dem Gesamtkonzept etwas abzuknapsen, hält er für etwas unglücklich.

Auch Ausschussmitglied Winkler ist der Auffassung, dass der geplante Etat für Maßnahmen genutzt werden sollte, die man sieht. Man müsse jetzt anfangen, um den Anliegern etwas vorstellen zu können. Insofern sollte man doch jetzt erst einmal wie geplant beginnen.

Der Bürgermeister erklärt, dass er den Vorschlag der EIS gut findet. Er gibt aber zu bedenken, dass die Fördertöpfe insbesondere auch vom LLUR leer sind. Man sollte das machen, dann sollte man aber auch hierfür Geld einzustellen. Sein Vorschlag sei, die Erhöhung der Planungskosten um 20.000 € auf 40.000 €. Es gehe auch zunächst nur um eine Handlungsoption, die man in einem zweiten Schritt konkretisieren müsste.

Ausschussmitglied Cordts erklärt, dass die EIS es begrüßen würde, wenn dieses so auf den Weg gebracht werden könne. Die Mittel sollten zweckgebunden dafür eingesetzt werden. Die Umsetzung sollte dann im zuständigen Wirtschaftsausschuss präzisiert werden.

Ausschussmitglied Klein erläutert, dass man damit auch die Anregung des Gewerbevereins aufnehmen würde. Aber man müsse unbedingt parallel daran arbeiten, den Anliegern das Konzept vorzustellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgenden

Beschluss: Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, 20.000 € zusätzlich an Planungskosten einzustellen unter gleichzeitiger Erhöhung des Kreditrahmens.

| | | | |
|-------------------|-----------------|-----------------|-------------|
| Stimmberechtigte: | 8 | | |
| Ja-Stimmen: 8 | Nein-Stimmen: 0 | Enthaltungen: 0 | Befangen: 0 |

Der Bürgermeister weist im Anschluss daran darauf hin, dass der Stellenplan um die Administrationsstelle im Bauhof ergänzt werden muss.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgenden

Beschluss: Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012 mit dem Nachtragshaushaltsplan und den Anlagen gemäß Entwurf mit den beschlossenen Ergänzungen zu beschließen

| | | | |
|-------------------|-----------------|-----------------|-------------|
| Stimmberechtigte: | 8 | | |
| Ja-Stimmen: 8 | Nein-Stimmen: 0 | Enthaltungen: 0 | Befangen: 0 |

TO-Punkt 6: Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Bauhofes der Gemeinde Schönberg; Sachstandsbericht; Antrag der EIS-Fraktion vom 10.08.2012

Ausschussmitglied Meckel begründet ausführlich den Antrag der EIS-Fraktion. Neben dem Tourist-Service sei dies die zweite Stellschraube, wo mit geeigneten Maßnahmen die Neuverschuldung gesenkt werden könne.

Der Bürgermeister verweist auf die Organisationsuntersuchung und die Handlungsempfehlungen, insbesondere auch zur sächlichen Ausstattung. Die Kosten hierfür sollten im Nachtrag bereitgestellt werden. Dieser Nachtrag liege jetzt vor. Frage 1 und 2 könne daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden. Zum sog. „Muhs-Gutachten“ weist er auf die bisherige Beschlusslage hin. Hier bedürfe es noch weiterer Konkretisierungen. Zum Kostenstundensatz erläutert er, dass dieser in Schönberg bei 44 € liege, in Laboe bei 45 €, der Durchschnittswert beim Land liege bei 43 €. Das Amt Schrevenborn habe hier differenziert. Der Stundensatz für Personaleinsatz liege bei 38 € und bei 4,20 € für Maschineneinsatz. Der Satz für den Fuhrpark sei unterschiedlich je nach Kategorie. Beim Amt Schrevenborn handelt es sich aber auch um einen Amtsbetriebshof. Er erläutert die Differenzierung des Amtes Schrevenborn an einigen Beispielen. Der Gutachter hatte seinerzeit den Stundensatz der Gemeinde Schönberg als angemessen bestätigt. Zur Frage 4 erläutert er, dass bereits seit vielen Jahren bestimmte Flächen fremdvergeben werden. Er stellt Fremdvergabe und Eigenleistungen dar, wie sie derzeit vollzogen werden. Weitergehende Prüfaufträge gebe es nicht. Dies erfordere auch eine sehr seriöse Wirtschaftlichkeitsberechnung. Zur Frage 5 erläutert er das bisherige Abrechnungssystem. Mit der Frage 6 spreche die EIS im Grunde gravierende Veränderungen an, für die es bisher keine Prüfaufträge gibt. Diese

müsse dann die Gemeindevertretung erteilen. Er gibt zu bedenken, dass gerade in dieser Frage Einsparungen gegen Einflussnahme und Autonomie abzuwägen sind.

Ausschussmitglied Meckel erklärt, dass die EIS den Fragenkatalog zunächst als Anregung verstanden wissen will. Er ist der Auffassung, dass es außer dem Amtsbetriebshof mehrere Alternativen für eine Zusammenlegung gebe. Er hält die bloße Bestätigung des Stundensatzes nicht für den richtigen Weg. Letztendlich gehe es auch darum zu schauen, wie der Bauhof im Vergleich zu anderen Bauhöfen dasteht. Zum Thema „Abrechnung“ erläutert er, dass es sicherlich richtig sei, den pragmatischen Weg zu wählen. Aber man müsse überlegen, ob man nicht noch andere Kunden zur Kasse bitten könne. An das „Muhs-Gutachten“ müsse man in einer kleinen Gruppe herangehen und Kosteneinsparungsmöglichkeiten ausloten.

Gemeindevertreter Stoltenberg hält es vom Grundsatz her für richtig, Dinge in regelmäßigen Abständen immer mal wieder auf den Prüfstand zu stellen. Er gibt den Hinweis auf eine Pflanz-Testfläche im Bereich der Feuerwehr. Auf dieser Testfläche wolle man eine alternative Bepflanzung ausprobieren. Die Ergebnisse sollen dann demnächst im Bauausschuss ausgewertet werden. Weitere Kunden zu fangen, sei eine zielgerichtete Aufgabe eines Wirtschaftsbetriebes. Er zieht den Vergleich zum OEB. Von daher sollte man darüber nachdenken, einen Versuch zu starten, ggf. ähnliche Leistungen anzubieten. Dieses alles sind wichtige Dinge, insofern freue er sich über den Antrag der EIS. Sein Vorschlag sei beispielsweise auch, die Strandwärter dem Tourist-Service zu unterstellen, damit dort zielgerichteter gearbeitet werden kann.

Der Bürgermeister berichtet, dass bereits seit 10 bis 12 Jahren die Strandwärter in der Saison dem Betriebsleiter des Tourist-Service unterstellt sind. Wintertags sind sie dem Bauhofleiter zugeordnet und kümmern sich dort um die Strandkorbreparatur und um den Winterdienst. Er geht insbesondere auf die Leistungen des Ortsentwässerungsbetriebes und die Verhandlungen mit dem ZVO ein. Ein Vergleich mit dem Bauhof sei hier nicht möglich. Beim OEB sind Aufgabenfelder durch die Übernahme der Abwasserbeseitigung der Dörfer durch den ZVO weggefallen. Dies hätte zur Entlassung von Mitarbeitern geführt. Deshalb habe man hart mit dem ZVO verhandelt und im Ergebnis neue Aufgabenfelder übernommen. Entlassungen konnten so vermieden werden. Das Problem beim Bauhof seien nicht zu wenig Aufgaben und zu wenig Kunden, sondern zu wenig Mitarbeiter. Er erläutert dies kurz. Er geht auf die Intensionen der Organisationsuntersuchung ein. Es sind in der Vergangenheit wiederholt Personalanforderungen an ihn herangetragen worden. Um diese realistisch beurteilen zu können, habe der Gutachter den Personalbedarf des Bauhofes im Blick auf sein Leistungsportfolio analysiert. Er erinnert daran, dass bei der Bedarfsberechnung ein Fehlbedarf festgestellt worden ist. Bevor man über darüber nachdenke, Leistungen des Bauhofes Dritten anzubieten, solle man doch erst mal schauen, was an Effizienzsteigerungen durch die vorgeschlagenen Maßnahmen step by step erreicht werden kann und dabei auch auf mögliches Potential aus dem Grünflächenkataster zurückzugreifen.

Ausschussmitglied Petersen regt an, möglicherweise auch die Maschinenzeiten für Dritte abzurechnen. Der Bürgermeister erläutert, dass dies bereits mit dem Bühnenwagen so gemacht werde.

Ausschussmitglied Cordts regt an, den bei der Gemeinde beschäftigten Gärtner zu bitten, das „Muhs-Gutachten“ zu analysieren und ihn zur nächsten Bauausschuss-Sitzung einzuladen. Ggf. sollte man auch den Umweltbeirat einbinden.

Der Bürgermeister erläutert, dass der Gärtner in Teilzeit tätig sei und eine detaillierte Analyse schon allein zeitlich nicht leisten könne.

Ausschussmitglied Winkler weist darauf hin, dass durchaus schon Anregungen aus dem Grünflächenkataster umgesetzt werden. Wer sich die Pflanzung genau ansehe, der werde

feststellen, dass schon viel gemacht worden ist. Wichtig sei ihm außerdem, deutlich zu machen, dass der Bauhof gute Arbeit für die Gemeinde leistet.

Gemeindevertreter Stoltenberg ist der Auffassung, dass auch der Umweltbeirat eine Analyse nicht werde leisten können. Sein Vorschlag sei, den Mitarbeiter aus dem Bauamt der Stadt Kiel, Herrn Eggebrecht, heranzuziehen. Dieser sei ein Top-Mann und er habe bereits signalisiert, dass er bereit sei, hier einmal über die Pflanzung zu schauen. Sein Vorschlag sei, insoweit zunächst auch einmal den nächsten Bauausschuss abzuwarten.

Der Bürgermeister schlägt ergänzend vor, dass die Fraktionen noch einmal intensiv in den Grünflächenplan hineinschauen und in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses entsprechende Vorschläge machen. Eine Konkretisierung sei aus seiner Sicht unabdingbar notwendig. Zu einem späteren Zeitpunkt sollte man dann Bilanz über die Maßnahmen ziehen. Dies könne im Frühjahr vor der ersten Pflanzrunde geschehen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

TO-Punkt 7: Bekanntgaben und Anfragen

Bekanntgaben und Anfragen liegen nicht vor.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 21:35 Uhr.

Die Sitzung wird ohne Pause mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

gesehen:

Wilfried Zurstraßen
- Ausschussvorsitzender -

Angela Grulich
- Protokollführerin -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -